I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Losensky begrüßt die Anwesenden zur zweiten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration und erklärt seine Rolle als Vorsitzender der Sitzung.

Es wird festgestellt, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungsvorschläge zur Tagesordnung, jedoch wird informiert, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 9 vertauscht werden, um eine sinnvolle Reihenfolge zu gewährleisten. Die Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 0
einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 10.09.2024

Das Protokoll der Sitzung vom 10. September 2024 wird ohne Änderungsvorschläge zur Abstimmung gebracht und mit zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 2
mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 4 Verwendung der investiven Mittel des Landkreises strickt nach Priorität **Vorlage: 18/AfD/2024**

Herr Haberkorn bringt den Antrag 018/AfD/2024 zur Verwendung der investiven Mittel des Landkreises strickt nach Priorität vor.

Herr Buhrke berichtet, dass der Kreistag keine Vorfestlegungen für zukünftige Beschlüsse treffen kann. Er betont, dass weder die Verwaltung noch er selbst das Ziel verfolgen, unnötig Geld auszugeben. Die begonnenen Maßnahmen müssen abgeschlossen werden, um eine Verschwendung von Mitteln zu vermeiden. Er erläutert weiter, dass Anträge im Ausschuss vorbereitet und Empfehlungen ausgesprochen werden, die endgültige Behandlung jedoch im Kreistag stattfinden muss.

Herr Haberkorn stellt klar, dass es ihm darum geht, in Zukunft keine nachträglichen Beschlüsse mehr zu fassen. Er möchte, dass der Kreistag im Vorfeld beteiligt wird und nicht nachträglich über bereits beauftragte Maßnahmen entscheiden muss.

Herr Buhrke weist auf bereits erfolgte Beschlusslagen des Kreistages zu den benannten Maßnahmen hin.

Herr Lindemann stimmt Herr Buhrke zu und führt aus, dass ein Antrag nicht durch die Beschlusskompetenz des Kreistages gedeckt sei, wenn er abstrakt für die Zukunft entscheide, da der Kreistag nur auf konkrete Vorhaben beschränkt sei.

mehrheitlich abgelehnt
Ja 2 Nein 6 Enthaltung 2

Zu TOP 5 Der DLRG langfristig Planungssicherheit und ein sicheres zu Hause in unserem Landkreis geben
Vorlage: 19/AfD/2024

Herr Haberkorn spricht sich mit dem Antrag 19/AfD/2024 für die Unterstützung der DLRG aus, um langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten.

Herr Buhrke erklärt, dass Gespräche mit der Stadt Fürstenwalde bezüglich der Überlassung des Grundstücks an die DLRG stattfinden. Er weist darauf hin, dass der Verkauf von Grundstücken zum Verkehrswert erfolgen muss, es sei denn, es liegt eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde vor.

Frau Wiedemann fragt nach Möglichkeiten der Unterstützung für die Sanierung des Gebäudes durch die Stadt Fürstenwalde.

Herr Buhrke antwortet, dass der Landkreis keine sanierungsbedürftigen Liegenschaften halten wird und die Stadt Fürstenwalde als prognostisch neuer Eigentümer die Verantwortung für die Sanierung übernehmen müsste.

Frau Gericke erkundigt sich nach der Option, das Objekt der DLRG mit einem Erbbaurechtsvertrag zur Verfügung zu stellen.

Herr Buhrke erörtert die Möglichkeiten, die sich aus Eigentum ergeben, insbesondere im Hinblick auf eine Liegenschaft, die nicht benötigt wird. Er erwähnt, dass es transparente Verfahren geben muss, um Genehmigungs- und vermögensrechtliche Anliegen sauber zuordnen zu können. Er betont, dass der Kreistag bei einer anerkannten Hilfsorganisation wie der DLRG Nachlässe gewähren oder einen günstigen Erbbauzins einräumen kann, was die Organisation von Eigentümerpflichten befreien würde. Er bestätigt, dass dies eine Möglichkeit sei, die bereits mit der Vereinsführung der DLRG besprochen wurde. Ein transparentes Verfahren sei notwendig, um die Genehmigung zu erhalten.

Herr Hilke stellt eine Nachfrage zum Haushalt, insbesondere ob die Einnahmen im Finanzhaushalt eingeplant sind.

Herr Buhrke antwortet, dass diese Einnahmen nicht eingeplant sind, da sie nicht planbar sind.

Herr Haberkorn spricht sich für die Erhaltung der Vereinigung und die Sicherung der Ausbildung von Rettungsschwimmern aus.

Herr Buhrke fasst zusammen, dass der Wunsch aller Fraktionen im Kreistag ist, dass die DLRG eine gesicherte Zukunft hat. Er betont, dass die Verwaltung sich diesen Wunsch zu eigen macht und versucht, ihn bestmöglich umzusetzen. Er erklärt, dass der Antrag inhaltlich fast mit den bisherigen Diskussionen übereinstimmt, aber bestimmte Punkte rechtlich nicht umsetzbar sind.

Herr Losensky fragt den Antragsteller, ob er den Antrag zurückziehen und neu formulieren möchte. Herr Haberkorn entscheidet sich dafür, den Antrag zurückzuziehen und neu zu formulieren.

ohne Abstimmung

**Zu TOP 6 Verpflichtung von Asylbewerbern zur Arbeitsaufnahme: Etablierung von Arbeitsgelegenheiten gemäß § 16d SGB II sowie § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 20/AfD/2024**

Herr Weißheimer präsentiert den Antrag 20/AfD/2024 zur Arbeitsaufnahme von Asylbewerbern und zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten gemäß § 16d SGB II sowie § 5 AsylbLG.

Frau Frenenez merkt an, dass in der 29. Sitzung des Kreistages unter TOP 11, der Antrag der CDU (08/2024) genau diese Anfrage bereits eingebracht und angenommen wurde.

Frau Kaiser erläutert die Unterschiede zwischen den Arbeitsgelegenheiten nach Asylbewerberleistungsgesetz und den Maßnahmen zur Aktivierung in den Arbeitsmarkt nach SGB II. Sie informiert, dass eine Richtlinie erstellt wurde, um für Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz festzuhalten, was gesetzlich erlaubt ist. Sie berichtet, dass bereits Gespräche mit den Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen stattgefunden haben, um insbesondere Arbeitsgelegenheiten in den Kommunen zu ermöglichen. Ein offener Punkt ist jedoch die Finanzierung, da vom Land keine Refinanzierung für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten erfolgt.

Herr Hilke möchte wissen, wann die Richtlinie beschlossen wird.

Frau Kaiser erläutert, dass die Richtlinie als interner Leitfaden insbesondere für die Kommunen und Träger gedacht ist und keine Beschlussfassung durch den Kreistag erfordert. Es wird betont, dass die Bereitstellung der Arbeitsgelegenheiten unabhängig vom Leitfaden erfolgen soll.

Herr Losensky leitet die Abstimmung über den Antrag der AFD ein.

Frau Laue verlässt die Sitzung.

mehrheitlich abgelehnt
Ja 2 Nein 8 Enthaltung 0

Zu TOP 7 Vorstellung des Gesundheitsamtes

Herr Gehm, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt anhand einer Präsentation das Gesundheitsamt vor.

Die Präsentation ist als Anlage („TOP 7 Vorstellung Gesundheitsamt 1“) beigefügt.

Zu TOP 8 Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte durch die Ämter (Sozialamt, Gesundheitsamt, Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration, Kommunales Jobcenter)

Herr Buhrke erläutert anhand einer Präsentation den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2025.

Folgende Anlagen sind zu der Präsentation beigefügt.
Anlage 1 - Leistungsfähigkeit der Gemeinden HH, JA, EB 2024
Anlage 2 – HH Situation Gemeinden 2024
Anlage 3 - Schuldenstand der Gemeinden 2022
Anlage 4 - Hebesätze Amtsumlage 2024

Herr Losensky dankt für die ausführlichen Informationen und leitet über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

**Zu TOP 9 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 083/2024**

Frau Wollschläger, Leiterin der AG Sozialplanung und Controlling, berichtet über die Haushaltsschwerpunkte für das Haushaltsjahr 2025.

Die Präsentation ist als Anlage („01 Sozialplanung HH 2025“) beigefügt.

Herr Hilke möchte wissen, an wen sich das Bildungportal richtet.

Frau Wollschläger erwidert, dass es sich um ein frei zugängiges Portal handelt. Dort findet man Informationen, z. B. zu Bildungsdaten und Standortübersichten verschiedener Einrichtungen.

Herr Haberkorn fragt nach, warum der Bereich Kinderarmut mit nur 5000,- EUR durch das Land ausgestattet ist.

Frau Wollschläger gibt an, dass die Summe für Netzwerkarbeit eingesetzt wird.

Frau Freninez äußert Bedenken hinsichtlich der Transparenz bei der Zuordnung von Fördermitteln zu pflichtigen und freiwilligen Aufgaben.

Frau Wollschläger erläutert daraufhin, dass die aktuelle Richtlinie eine Mischung aus beiden Aufgabenbereichen vorsieht und bietet an, eine Aufstellung zu liefern.

Nachtrag - Haushaltsplanung 2025 - Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste:

Gesamtfinanzierung laut Planung 2025: 1.186.300€

- davon 571.300 € für pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben: (Schuldnerberatungsstellen 300.000 € und Frauenhäuser 271.300 €)
- davon 615.000 € für freiwillige Aufgaben

Herr Ludwig, Leiter des Sozialamtes berichtet anhand einer Präsentation, über die Haushaltsschwerpunkte für das Haushaltsjahr 2025.

Die Präsentation („02 Sozialamt- Haushalt 2025“) ist als Anlage beigefügt.

Herr Hilke stellt eine Nachfrage zur Kostensteigerung, da der TVÖD keine 15% Lohnerhöhung hatte und bittet um Spezifizierung weiterer Aspekte.

Herr Ludwig erklärt, dass die Kostensteigerungen sowohl die Personalkosten als auch die Sachkosten in den Eingliederungshilfen und besonderen Wohnformen betreffen. Die Sachkostensteigerung spiegelt sich auch im Bereich der Grundsicherung wider.

Herr Hilke fragt nach konkreten Beispielen für die hohen Sachkosten.

Herr Ludwig führt aus, dass zu den Sachkosten die komplette Betreuung einer besonderen Wohnform gehört, einschließlich der Betriebskosten.

Herr Lindemann ergänzt, dass Energiepreissteigerungen berücksichtigt werden müssen, die teilweise sogar eine Verdopplung oder Verdreifachung erfahren haben.

Frau Kaiser, spricht über das enge Betreuungssetting und die hohen Tarifsteigerungen der vergangenen Jahre, die sich in den Personalkosten widerspiegeln. Auch die Steigerungen der Sachkosten, tragen zu den hohen Gesamtkosten bei.

Herr Ludwig bietet an, eine explizite Aufschlüsselung der Kostensteigerung im Bereich der besonderen Wohnformen bzgl. Personalkosten und Sachkosten zu liefern (*Nachtrag* als Anlage).

Herr Buhrke erläutert das Refinanzierungssystem der Einrichtungen, das auf Tagessätzen beruht und verhandelt wird.

Frau Gericke fragt nach, inwieweit sich die möglichen Nachwirkungen von Kostenverhandlungen aus dem Jahr 2022 auf die Haushaltsplanung für 2025 auswirken.

Herr Buhrke bestätigt, dass Haushaltspläne zukunftsorientiert sind und Verhandlungsergebnisse berücksichtigen müssen. Er weist darauf hin, dass die Serviceeinheit Entgeltwesen für vergleichbare Ergebnisse sorgt und ein Controlling ermöglicht.

Herr Hilke fragt nach den angegebenen Zahlen für die Jahre 2022 und 2023 in der Präsentation.

Herr Ludwig antwortet, dass es sich um Planzahlen handelt und die tatsächlichen Ergebnisse im Geschäftsbericht nachlesbar sind.

Frau Haupt, Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration präsentiert die Haushaltsschwerpunkte für das Haushaltsjahr 2025.

Die Präsentation („03 Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration HH 2025“) ist als Anlage beigefügt.

Herr Hilke stellt eine Zwischenfrage zur Erläuterung der Grafik, welche das Aufnahmesoll und deren Erfüllung darstellt.

Frau Haupt erklärt die Grafik und die Zusammensetzung des Aufnahmesolls. Sie erläutert die auch rückwirkend wirksamen Anpassungen des Solls im Jahresverlauf und die Auswirkungen

der Übererfüllung auf das Folgejahr. Die Schwierigkeiten bei der Haushaltsplanung aufgrund der Dynamik werden betont.

Herr Hilke fragt nach, ob eine Übererfüllung des Aufnahmesolls im Folgejahr ausgeglichen wird.

Frau Haupt bestätigt dies und beschreibt den Prozess der jährlichen Inventur und Anrechnung durch das Land.

Herr Hilke stellt eine Frage zur Unterbringung von Personen mit Aufenthaltstiteln und der möglichen Übertragung der Kosten auf die Gemeinden.

Frau Kaiser antwortet, dass die Unterbringung in den Einrichtungen des Landkreises eine Maßnahme zur Vermeidung von Obdachlosigkeit darstellt und dass eine Kostenbeteiligung über SGB II bzw. der Unterbrachten erfolgt.

Frau Haupt ergänzt, dass der Landkreis nicht bei jedem Statuswechsler die Unterbringungspflicht verliert und verweist auf das Beispiel der Ukraine, wo der Landkreis weiterhin unterbringungspflichtig bleibt, wenn ein Bedarf besteht.

Herr Hilke kommentiert die Entwicklung des Haushalts und stellt fest, dass die Erstattungen durch das Land in Zukunft geringer ausfallen könnten, was zu einer Diskrepanz zwischen Aufwendungen und Erstattungen führt.

Frau Haupt erklärt, dass die Erstattung des Landes mit dem Rückgang der Asylbewerberleistungsempfänger sinkt und dass die Refinanzierung nur auf Basis tatsächlicher Fallzahlen erfolgt, was zu Defiziten führen kann, wenn Plätze nicht mit Asylbewerberleistungsempfängern belegt sind.

Herr Hilke fragt nach der Notwendigkeit, Gemeinschaftsunterkünfte zu schließen, wenn die Entwicklung so weitergeht.

Frau Haupt bestätigt, dass der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist, entsprechend der Zuweisungen Plätze vorzuhalten, und dass die Platzkapazitäten auf Prognosen basieren, was zu Leerständen führen kann, die nicht vom Land refinanziert werden. Es wird erwähnt, dass eine Evaluierung der Erstattungsverordnung stattfindet und dass Kreise und kreisfreie Städte fordern, dass die Erstattung der Unterbringungskosten von den tatsächlichen Fallzahlen abgetrennt wird.

Frau Frenenez erkundigt sich nach den Auswirkungen des Auslaufens der Förderung von Integrationsprojekten auf die betroffenen Vereine.

Frau Haupt erklärt, dass die Projekte, die aus dem Integrationsbudget refinanziert sind, zum Jahresende auslaufen und die Migrationssozialarbeit für Ukrainer nicht analog zur Sozialarbeit für Asylbewerber oder Rechtskreiswechsler ist. Sie betont, dass bisher nur ein geringer Stellenanteil für die Beratung zur Verfügung stand und die betreuten Personen auf die Regeldienste übergeleitet werden.

Herr Losensky gibt das Wort an das Jobcenter, vertreten durch Herrn Kriegl.

Herr Kriegl präsentiert die Haushaltsschwerpunkte für das Haushaltsjahr 2025.

Die Präsentation („04 ProArbeit HH 2025“) ist als Anlage beigefügt.

Herr Lindemann stellt eine Frage zur Diskrepanz zwischen den Wachstumsprognosen des Landes Brandenburg und den tatsächlichen Arbeitslosenzahlen im Landkreis. Er erwähnt, dass viele der bei Tesla Beschäftigten nicht aus dem Landkreis, sondern aus Berlin und angrenzenden Landkreisen kommen.

Herr Kriegl bestätigt, dass etwa 75% der Tesla-Mitarbeiter aus Berlin pendeln und nur ein kleinerer Teil aus dem Landkreis und Brandenburg stammt. Er stimmt zu, dass die Wachstumsprognosen nicht mit der Realität vor Ort korrespondieren und führt aus, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen aktuell keine weiteren Einstellungen vornehmen. Diejenigen, die zuvor mit Unterstützung in Arbeit vermittelt wurden, seien nun die Ersten, die wieder entlassen werden.

Herr Lindemann fragt nach den Gründen für die Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Arbeitslosen und ob es am Qualifikationsniveau liege.

Herr Kriegl erklärt, dass das Qualifikationsniveau tatsächlich ein großes Hemmnis bei der Vermittlung darstelle. Trotz der Initiative "Job Turbo" sei es schwierig, Arbeitgeber für Zielgruppen mit geringerem Qualifikationsniveau zu gewinnen. Er berichtet von einem Rückgang der Umschulungen und nennt sprachliche und gesundheitliche Defizite sowie Langzeitarbeitslosigkeit als Ursachen für die Vermittlungsprobleme.

Herr Gehm, berichtet über die Haushaltsschwerpunkte des Gesundheitsamtes für das Haushaltsjahr 2025.

Die Präsentation („05 Gesundheitsamt HH 2025“) ist als Anlage beigefügt.

Herr Losensky leitet die Abstimmung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, Beschlussvorlage 083/2024 ein

mehrheitlich zugestimmt
Ja 6 Nein 2 Enthaltung 1

Zu TOP 10 Sitzungskalender des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2025
Vorlage: 080/2024

Der Sitzungskalender des Kreistages für das Jahr 2025 ohne Änderungsvorschläge einstimmig angenommen.

einstimmig zugestimmt
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 11 Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung
Vorlage: 025/2024/1/NEU/NEU**

Frau Haase stellt die neue Richtlinie zur Förderung der Verbände und Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderung vor.

Frau Freninez äußert Bedenken bezüglich der noch nicht angepassten großen Richtlinie der ambulanten Dienste und erkundigt sich nach dem Sachstand sowie der Einbindung der Liga.

Frau Kaiser berichtet über die Notwendigkeit, Leistungskriterien für die Förderung ambulanter Dienste zu definieren. Es wird ein partizipativer Ansatz unter Federführung der Sozialplanung verfolgt. Die LIGA ist in dem aktuell laufenden Prozess eingebunden.

einstimmig zugestimmt
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**Zu TOP 12 Streichung der Höchstfördersummen aus den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter sozialer Dienste und über die Gewährung von Zuwendungen im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe - Fachförderrichtlinie Ge-sundheitsamt – im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 090/2024**

Frau Kaiser führt aus, dass die bestehenden Richtlinien zur Förderung ambulanter sozialer Dienste und im Bereich Psychiatrie und Suchthilfe Höchstfördersummen enthalten, die eine bedarfsgerechte Förderung limitieren. Es wird vorgeschlagen, diese Begrenzungen zu streichen, um eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen, insbesondere da die Fördermittel vom Land in einzelnen Förderbereichen erhöht wurden.

Frau Freninez äußert Bedenken bezüglich der Aufhebung der Höchstgrenzen und fordert einen Kompaktbericht über die soziale Lage im Landkreis, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu haben.

Frau Kaiser informiert, dass die Fördermittelausreichung nur innerhalb der im Haushalt geplanten Ansätze erfolgt und die Streichung der Höchstfördersummen keinen Freifahrtschein für zusätzliche Fördermittelausreichung darstellt.

mehrheitlich zugestimmt
Ja 5 Nein 3 Enthaltung 1

Zu TOP 13 Informationen aus der Verwaltung

Frau Kaiser informiert abschließend über die Personalbesetzung der Jugendamtsleitung. Herr Jörg Keppler konnte die Leitungslücke schließen.

Frau Kaiser berichtet über den Stand der Einführung der Bezahlkarte im Land Brandenburg. Sie erwähnt, dass die Rahmenvereinbarung mit dem Land unterzeichnet wurde und die

Ausreichung der Karten an die Kommunen bevorsteht. Das Zahlungssystem beinhaltet eine Black – und Whitelist. Bestimmte Zahlungen sind von vornherein nicht möglich und individuell geprüft werden muss, welche Dienste für wen freigeschaltet werden müssen. Dies betrifft in der Umsetzung die Verwaltung.

gez. Kerstin Folgner

Stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Migration

Susen Kunze

Schriftführer